



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

Rede

**des Geschäftsführenden Vorstandmitglieds des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes**

Karolin Schriever

**anlässlich der Bilanzpressekonferenz
am Dienstag, 18. März 2025 in Frankfurt am Main
DekaBank, 53. Etage**

Meine Damen und Herren,

Europa muss sich widerstandsfähiger und unabhängiger machen. Das beginnt in Deutschland.

Zwei Punkte sind dabei entscheidend:

Erstens: Öffentliches Geld kann eine Initialzündung sein. Eine dauerhafte wirtschaftliche Belebung ist aber nur zu erreichen, wenn privates Investitionskapital mobilisiert wird. Und zweitens: Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine nachhaltige, klimafreundliche Wirtschaft ist das Fundament für den Wohlstand von morgen und übermorgen.

Hier kommen wir als Sparkassen-Finanzgruppe ins Spiel. Wir sind Partner des deutschen Mittelstands – und damit ein entscheidender Baustein für Europas wirtschaftliche Stärke. Transformation gelingt vor Ort. Die Sparkassen stehen für regionale Stärke – und damit für eine europäische Wirtschaft, die nicht nur zentral, sondern dezentral wächst. Aus der Region für die Region – das ist unser Ansatz. So helfen wir, dass Investitionen dort erfolgen, wo sie etwas bewirken – in den Unternehmen, den Kommunen, bei den Menschen, die den Wandel aktiv gestalten. Die Kommunen sind wichtige Partner und vielfach Unterstützer der nachhaltigen Infrastruktur-Transformation. Städte und Gemeinden haben Ideen, Bereitschaft – und sie haben die Sparkassen-Finanzgruppe an ihrer Seite. Sie brauchen aber auch die Anerkennung, dass ein Gros dieser Transformation bei ihnen liegt: Wärmenetze, Akzeptanz in der Gesellschaft, Daseinsvorsorge, dauerhafte Leistungsfähigkeit auch in der Umstellungsphase.

Investition in eine nachhaltige Zukunft

Investitionen müssen nachhaltige Wirkung entfalten – wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich. Brücken, Schienen und Schulen, die heute entstehen, sind ein langfristiger Vermögenswert, der künftigen wirtschaftlichen Erfolg erst ermöglicht. Solche zusätzlichen Investitionen rechtfertigen eine Kreditfinanzierung. Weil davon auch künftige Generationen profitieren. Damit diese Investitionen ihre volle Wirkung entfalten, sind mutige strukturelle Reformen nötig: Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt, Investitionshemmnisse abgebaut werden.

Bei der Frage, wie Deutschland und Europa ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken können, erleben wir oft eine Polarisierung, auch in den letzten Tagen: Ökologie auf der einen Seite – Ökonomie auf der anderen. Ich halte das nicht für einen Gegensatz. Beides gehört zusammen. Denn nur als moderne, klimafreundliche Wirtschaft wird Deutschland langfristig erfolgreich sein. Deshalb ist es richtig, dass Klimaschutz eine wichtige Rolle im heute im Bundestag zur Abstimmung stehenden Investitionspaket spielt. Denn richtig verstandener Klimaschutz spart mittelfristig Geld, manchmal auch schon kurzfristig. Unternehmen, die in Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft oder klimafreundliche Technologien investieren, verschaffen sich Wettbewerbsvorteile. Sie senken Kosten, sichern sich resiliente Lieferketten und erschließen neue Märkte. Beschäftigte profitieren von modernen, zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

Und nicht zuletzt geht es um eine wirtschaftliche und damit strategische Souveränität Europas. Wer nachhaltige Technologien und Produktionsweisen entwickelt, reduziert Abhängigkeiten von Drittstaaten.

Es geht also nicht um Verzicht, es geht um Wachstum, das die natürlichen Ressourcen nicht restlos verbraucht. Und es geht um einen europäischen Weg, der sich durchaus von dem der USA unterscheidet. Damit das klappt, braucht es Rahmenbedingungen, die Nachhaltigkeit nicht als bürokratische Last, sondern als wirtschaftliche Chance begreifen. Eine Nachhaltigkeit, die sich wirtschaftlich nicht rechnet, wird man auch über Regulierung oder Berichtspflicht nicht herbeizwingen können. Oder umgekehrt: Was sich rechnet, braucht man nicht herbeizuregulieren.

Europa muss wettbewerbsfähig bleiben – weniger Bürokratie, mehr wirtschaftlicher Freiraum. Die EU-Kommission hat das erkannt. Mit den Omnibus-Paketen hat sie große Versprechen gegeben. Sie will für die Wirtschaft ebenso wie deren Finanzierungspartner:

- Bürokratische Hemmnisse für Investitionen abbauen
- Berichtspflichten verschlanken und
- mehr Freiraum für unternehmerische Entscheidungen ermöglichen.

Das sind richtige Signale. Wir begrüßen das. Wir wollen aber auch, dass das in der Praxis der Unternehmen ankommt. Wir brauchen eine echte Kehrtwende, ein kurzer Stopp reicht nicht. Was wir brauchen, ist echter Bürokratieabbau. Andernfalls droht nach jeder Pause eine erneute Bürokratiewelle. Deshalb setzen wir uns für eine grundlegende Vereinfachung der Berichtspflichten ein. Unternehmen brauchen nicht nur eine Atempause, sondern langfristige Erleichterungen, die sie von unnötiger Regulierung befreien. Sie brauchen Raum für Unternehmungen.

Es gibt deshalb bei den Vorschlägen der Kommission noch offene Punkte:

- Unternehmen brauchen klare und praktikable Vorgaben, statt sich weiterhin durch ein Dickicht an unkoordinierten Anforderungen kämpfen zu müssen. Die Reduzierung von Berichtsumfängen darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben.
- Die nachgelagerten Behörden – wie die EBA – müssen zum Bürokratieabbau beitragen. Hier sind aus unserer Sicht insbesondere die in der CRR III angelegten neuen Melde- und Offenlegungsanforderungen zu ESG-Risiken obsolet, da die Daten für die Berichterstattung nicht zur Verfügung stehen. Die entsprechenden EBA-Mandate sollten nicht umgesetzt werden.
- Mit der Anpassung des CSRD-Anwendungsbereichs wird die Green Asset Ratio bei kleineren Kreditinstituten noch weniger relevant als bisher. Die Berichterstattung sollte daher entfallen.

- Die Finanzierung der Transformation muss gesichert sein. Nachhaltige Investitionen erfordern Kapital, das für Unternehmen – insbesondere für kleine und mittelständische – leicht zugänglich sein muss.
Daher wünschen wir uns, dass der dezentralen Kreditwirtschaft der Rücken gestärkt wird, damit wir unserer Rolle als Finanzierer gerade jetzt umfassend gerecht werden können.

Rat und Europäisches Parlament sind nun gefragt, die Vereinfachungen schnellstmöglich zu verabschieden. Die neue deutsche Bundesregierung muss die Umsetzung unterstützen und einfordern.

Bedeutung privaten Kapitals

Mein zweiter Punkt ist die Frage, woher das Kapital für eine nachhaltige Transformation kommt. Öffentliche Mittel können nur ein Teil der Lösung sein. Noch wichtiger ist privates Kapital, um den Wandel zu finanzieren. Unsere Aufgabe als Finanzwirtschaft ist es, für eine Investitionsagenda das notwendige Kapital zu mobilisieren. Das gelingt nur mit starken Sparkassen. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass Europa die richtigen Weichen für Investitionen stellt. Die Europäische Savings and Investments Union (SIU) kann dabei ein sinnvoller Baustein sein – aber nur, wenn sie tatsächlich dazu beiträgt, alle Quellen von Investitionen zu stärken. In der SIU finden sich viele Anknüpfungspunkte zu dem, wofür Sparkassen schon lange stehen: Finanzbildung, langfristiger Vermögensaufbau und stabile Finanzierung. Wer früh versteht, wie man klug investiert, kann langfristig Vermögen aufbauen und zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung finanzieller Kompetenzen in allen Lebensphasen ein. Wir finanzieren den bankbasierten Teil der notwendigen Zukunftsinvestitionen entsprechend unserem Marktanteil von rund 40 % aus eigener Kraft. Die ökonomische Substanz der Gruppe reicht hierfür aus.

Finanzinstitute benötigen Beinfreiheit, diese Aufgabe zu erfüllen. Die Schwelle der Bilanzsumme, an der Finanzinstitute unter die EZB-Aufsicht kommen, sollte deshalb überdacht werden. Ein Wechsel zur EZB-Aufsicht ist teuer und ressourcenintensiv – gerade in einer Zeit, in der Finanzinstitute Europas Wettbewerbsfähigkeit, die Digitalisierung und den grünen Wandel finanzieren sollen und wollen. Die aktuelle Grenze von 30 Mrd. Euro stammt aus dem Jahr 2013 und ist längst überholt. Würde man allein die Inflation seitdem berücksichtigen, müsste die Schwelle heute bei fast 39 Mrd. Euro liegen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Schwelle regelmäßig, inflationsbedingt angepasst wird (Dynamisierung).

Doch es geht um mehr als eine inflationsbedingte Anpassung. In vielen Ländern wie den USA, Japan und der Schweiz gibt es längst differenzierte Regelwerke für kleinere und größere Institute. Die Europäische Union hält bisher noch am starren Single Rulebook fest – ein Ansatz, der Wettbewerbsverzerrungen schafft und regionale Vielfalt gefährdet. Europa muss endlich nachziehen und ein Regulierungssystem schaffen, das der Struktur seiner Bankenlandschaft gerecht wird.

Eine Anhebung auf 50 Mrd. Euro würde für eine bessere Balance zwischen großen und kleinen bis mittelgroßen Banken sorgen, ohne die Stabilität des Aufsichtssystems zu gefährden. Zudem hat die EZB bereits die Möglichkeit, einzelne Banken unter ihre Aufsicht zu stellen, wenn es notwendig ist. Die Sorge, dass eine höhere Schwelle die EZB-Aufsicht schwächen könnte, ist daher unbegründet.

Aus unserer Sicht sollte zudem das Mandat der EU-Aufsichtsbehörden (ESAs) erweitert werden. Diese sollten nicht nur auf Finanzmarktstabilität abstellen, sondern auch auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Kreditinstitute. In den USA und im Vereinigten Königreich ist dies bereits der Fall. Eine Anhebung der Signifikanzgrenze würde mittelgroße, nicht international agierende Banken vor unnötigem Mehraufwand und wachsender Bürokratie schützen – und gleichzeitig die Finanzierungsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Deshalb sollte die neue Bundesregierung gemeinsam mit der BaFin dieses Thema aktiv in Brüssel adressieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.